

*Grußwort von Staatssekretär Thomas Härtel, Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport
am 27. April 2005; 09.00 Uhr
Heinrich-Böll-Stiftung, Hackesche Höfe
Rosenthaler Str. 40/41, 10178 Berlin*

zum Symposium

Politische Bildung an Berliner Schulen. Verantwortung für die Bürgergesellschaft.

Anrede,

ob Agenda 21, Riesterrente, Praxisgebühr oder Hartz IV: Es ist nicht schwer zu erkennen, dass die Politik in Deutschland – und zwar alle Parteien dabei sind, die Rolle des Staates neu zu definieren. Daran ändert nichts, dass die Parteien unterschiedliche Vorstellungen haben, wie viel dem einzelnen Bürger zuzutrauen ist – oder vielleicht: zuzumuten ist, und wie viel der Staat in Zukunft leisten soll.

Als Sozialdemokrat bin ich davon überzeugt, dass Rechte und Pflichten des Bürgers gestärkt werden müssen. Gleichwohl müssen wir diejenigen schützen, die leistungswillig, aber nicht oder noch nicht leistungsfähig sind. Dazu brauchen wir einen starken Staat. Als Jugendstaatssekretär betone ich, dass wir die Jugend in die Diskussion über die Zukunft der Bürgergesellschaft einbeziehen müssen.

So verstehe ich das Wirken des Förderprogramms Demokratisch Handeln, des Berliner Moduls im BLK-Programm "Demokratie lernen und leben" und der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit. Mit Ihrem Symposium über die aktuelle Debatte zu politischer Bildung und Demokratiepädagogik, mit dem Thema "Politische Bildung an Berliner Schulen: Erziehung für die Bürgergesellschaft?" sind Sie dem Puls der Zeit voraus. Und dass heute so viele Lehrerinnen und Lehrer aus Berliner Schulen mitdiskutieren, finde ich besonders erfreulich.

Es geht Ihnen allen nicht um eine abgehobene Debatte, sondern darum, wie sich Demokratieerziehung in der pädagogischen Praxis niederschlagen soll. Und hier gibt es zwei Linien. Für die einen ist der Unterricht in den „Politikfächern“ der Schlüssel zu Verantwortungsbereitschaft und demokratischem Engagement von Schülerinnen und Schülern. Für die anderen wird Demokratieverständnis von der Schule insgesamt geprägt. Im gesamten Schulalltag - nicht nur im Politik-, Geschichts- oder Sozialkundeunterricht – machen Schülerinnen und Schüler Erfahrungen, die ihr Demokratieverständnis beeinflussen. Daraus folgt, dass Demokratie eine pädagogische und nicht nur eine fachliche Herausforderung für Lehrerinnen und Lehrer ist.

Unterschiedliche Betonungen sind noch lange kein Gegensatz. Ich bin davon überzeugt, dass ein guter Fachunterricht die Wissensbasis legt und dass sich Schülerinnen und Schüler von einem demokratischen, toleranten Schulalltag für unsere offene Gesellschaft gewinnen lassen. Als das BLK-Programm „Demokratie lernen und leben“ im Februar in Magdeburg Halbjahresbilanz zog, hieß es in einem Text zur „Demokratiepädagogik“:

Demokratie ist eine historische Errungenschaft. Sie ist kein Naturgesetz oder Zufall, sondern Ergebnis menschlichen Handelns und menschlicher Erziehung. Sie ist deshalb eine zentrale Aufgabe für Schule und Jugendbildung. Demokratie kann und muss gelernt werden – individuell und gesellschaftlich. Die Demokratie hat eine Schlüsselbedeutung für die Verwirklichung der Menschenrechte. Die Entwicklung und die ständige Erneuerung demokratischer Verhältnisse bildet deshalb eine bleibende Aufgabe und Herausforderung für Staat, Gesellschaft und Erziehung.

An anderer Stelle heißt es weiter:

Demokratie lernen und Demokratie leben gehören zusammen: In demokratischen Verhältnissen aufzuwachsen und respektvollen Umgang als selbstverständlich zu erfahren, bildet eine wesentliche Grundlage für die Bildung belastbarer demokratischer Einstellungen und Verhaltensgewohnheiten. Darüber hinaus erfordert die Entwicklung demokratischer Handlungskompetenz Wissen über Prinzipien und Regeln, über Fakten und Modelle sowie über Institutionen und historische Zusammenhänge.

Hier wird kurz und knapp zugespitzt, worum es uns allen gehen muss – in der Lehrerbildung, in der Fachdidaktik, vor allem aber im Schulalltag. Wir brauchen also beides: Einen guten Politikunterricht und einen Alltag an Schulen, der von Mitbestimmung, Toleranz und Anerkennung geprägt ist, und damit wiederum Kinder und Jugendliche prägt.

Dabei ist Ihre Aufgabe oft schwierig genug, Schülerinnen und Schüler mit ganz unterschiedlichen Voraussetzungen individuell zu fördern. So manche Lehrerin und manchem Lehrer mag „demokratische Bildung“ wie ein fünftes Rad am Wagen vorkommen. Aber täuschen wir uns nicht: Die Schulen können viel dazu beitragen, dass kritische, wachsame Geister und zugleich engagierte Demokratinnen und Demokraten heranwachsen. Hier entscheidet sich die Qualität und Modernität unseres Schulwesens und damit die Zukunft unserer Gesellschaft.

Ich bitte Sie: Nutzen Sie die Expertise der Referent/Innen Gerhard Himmelmann und Kerstin Pohl und nutzen Sie die Erfahrungen der Schulprojekte von „Demokratisch Handeln“ und „Demokratie lernen und leben“. Stärken sie die Demokratiepädagogik an ihren Schulen. Besonders freue ich mich, wenn Sie als Multiplikatoren Diskussionen, Ergebnisse und Erträge des Symposiums in die Schulen selbst und in das Umfeld der Schulen weitertragen.

In diesem Sinne wünsche ich der Tagung gutes Gelingen, allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern interessante Anregungen und gute Gespräche. Schon jetzt bedanke ich mich für Ihr Engagement!